



NIEDERSACHSEN vorwärts

SEPTEMBER 2011 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

in den vergangenen Wochen bin ich viel in Niedersachsen herumgekommen. Überall bin ich motivierten Kandidatinnen und Kandidaten begegnet, habe gespürt, dass unsere Ideen und Vorschläge auf deutliche Zustimmung stoßen.

In den letzten Tagen dieses Wahlkampfes kommt es nun darauf an, alle Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, damit sie ihr Wahlrecht wahrnehmen und ihre Kreuze bei unseren Kandidatinnen und Kandidaten machen. Auf unseren Listen tritt eine bunte Mischung von Menschen an – junge und alte, aus den verschiedensten Berufen, verankert in Vereinen und Verbänden.

Und wir haben gute Argumente: Für solide Haushaltsführung und Investitionen in Bildung und Arbeit; gegen die Privatisierung kommunalen Eigentums und für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, damit alle Bürgerinnen und Bürger den besten Service zu fairen Preisen erhalten; für sichere Straßen und Plätze, für eine lebenswerte Gestaltung unserer Dörfer und Städte.

All das müssen wir den Wählerinnen und Wählern in unserem Endspurt zum 11. September deutlich machen. Dafür lohnen sich unsere Anstrengungen in den kommenden Tagen.

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

PFLEGE GEHT UNS ALLE AN!

Von Petra Tiemann



Die Situation der Pflege in Niedersachsen stellt sich nicht gerade von der besten Seite dar. Obwohl in diesem Bereich mehr Menschen tätig sind als in der Autoindustrie, wird die Pflege doch eher »stiefmütterlich« behandelt. So hat Niedersachsen die niedrigsten Pflegesätze in den westlichen Bundesländern. Und trotzdem ist die Qualität der pflegerischen Leistung hier nicht anders, als im Rest der Republik. Die Mitarbeiter/innen in der Pflege sind sehr engagiert und lieben ihren Beruf, der meistens auch Berufung ist. Davon habe ich mir im Rahmen eines »Pflegepraktikums« in verschiedenen Einrichtungen selber ein Bild machen können.

Aus dem niedersächsischen Landespflegebericht 2010 des Sozialministeriums geht hervor, dass die Anzahl der Menschen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen, mit einer Quote von 3,04% sogar über dem bundesweiten Durchschnitt von 2,74% liegt. Im Zeitraum von 1999 bis 2007 ist diese Zahl um 15,7% gestiegen. Kurz gesagt: Pflegebedürftigkeit wird Normalität. Diese Entwicklung wird sich in 4 Schritten vollzie-

hen. Bis 2020 wird ein Anstieg um 25% erfolgen. 2030 wird es knapp 46% mehr Pflegebedürftige als heute geben. Bis 2040 wird sich diese Zahl auf zwei Drittel (66,5%) erhöhen, um 2050 ihren Höchststand von 90% erreicht zu haben. Im Bereich der Demenzerkrankten sind diese Zahlen noch drastischer. Hier ergibt sich eine Steigerung bis 2060 von 108%. Diese Zahlen lassen ein Stillhalten und »weiter so« nicht länger zu.

Soziale Teilhabe für Pflegebedürftige und Anerkennung der Pflegetätigkeit

Vor Bund und Ländern liegt eine große Herausforderung. In der Pflege muss gehandelt werden und das schnell. Der derzeitige Pflegebedürftigkeitsbegriff ist nicht ausreichend, da er sehr verrichtungsbezogen und somatisch ausgerichtet ist. Wichtige Aspekte der sozialen Teilhabe sind unberücksichtigt. Auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Pflegebranche bereits heute ein Segment, das von akutem Fachkräftemangel betroffen ist.

Fortsetzung auf Seite 2

Niedersachsen braucht kompetente Pflege ohne Kostendruck.

Foto: Shutterstock

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL-Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Petra Tiemann

Fortsetzung von Seite 1

Pflegepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein Mensch der pflegebedürftig geworden ist, darf nicht im »Abseits« stehen, sondern muss sich der Solidarität der Nicht-Pflegebedürftigen sicher sein. Die pflegenden Menschen, seien es nun Angehörige oder Pflegepersonal in Einrichtungen, bewältigen eine herausragende Aufgabe. Diese muss entsprechend gewürdigt und anerkannt werden. Pflegenden Angehörigen muss die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglicht werden. Für Pflegende ist es wichtig, dass sie Kräfte sammeln und sich erholen können. Eine »24-Stunden-365-Tage-Bereitschaft« strapaziert das Pflegepersonal und geht letztendlich zu Lasten der Pflegebedürftigen. Deshalb müssen die Kurzzeit- und die Verhinderungspflege ausgebaut werden. Die Kürzung der Landesmittel für die Kurzzeitpflege in Höhe von 6 Millionen Euro durch die niedersächsische Landesregierung geht in die falsche Richtung!

Bessere Entlohnung gegen den Fachkräftemangel

Die Folge eines seit Jahren von der Gesellschaft nicht ausreichend gewürdigten Berufsstandes mit wenig Entwicklungschancen und schlechten Arbeitsbedingungen ist, dass nach Angaben eines Fachverbandes der Pflege in den nächsten 10 Jahren 288.000 Pflegefachkräfte bundesweit fehlen werden. Pflege ist eine »wertvolle Arbeit«. Pflege ist physisch und psychisch Schwerstarbeit und muss angemessen bezahlt werden. Eine tarifliche Entlohnung in der Pflege und die Beendigung der Dumpinglohnspirale sind zwei unumgängliche Forderungen.

Die Ausbildung in einem Pflegeberuf bedarf einer Grundausbildung mit anschließender Spezialisierung zur Alten-, Kranken- oder Gesundheitspflege. Die Ausbildungsfinanzierung darf nicht zu Lasten der Auszubildenden und deren Einrichtungen gehen.

Zu einer Reform der Pflege gehört auch die Anerkennung und finanzielle Förderung alternativer Wohnformen für das Alter.

In die Pflege muss mehr Geld investiert werden. Und zwar jetzt, denn sonst stehen wir 2050 vor Problemen, die niemand mehr bewältigen kann.

Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die Pflegeversicherung ist als »Teilkasko«-Versicherung entstanden und gedacht. Jetzt wird sie als »Vollkasko« genutzt. Das aber geht nur über eine auskömmliche Finanzierung. Diese lässt sich am ehesten über die Bürgerversicherung erreichen, weil hier alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einzahlen. So lässt sich die Pflege gerecht organisieren.

Eine soziale Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit pflegebedürftigen Menschen und den Pflegenden umgeht. Dafür brauchen wir eine breite Debatte. Denn: Pflege geht uns alle an! ■



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

Da sage noch einer, »Bunga-Bunga« sei eine südländische Spezialität, und der Norddeutsche mühe sich mit Fischfang bei Regen und Sturm ab, während der Südeuropäer Frauen in Massen abschleppt. Von wegen. Italiens Bunga-Bunga-Papi Silvio Berlusconi kann einpacken. Ein knackiger, langer Schleswig-Holsteiner namens Christian von Boetticher zeigt wie es geht: Über Facebook mal ein bisschen vom Weintrinken auf Sylt erzählen und schon fliegen die Teenager auf den ehemaligen Spitzenmann der Nord-CDU. Der coole Typ versucht sogar, die Affäre mit einer 16-Jährigen als »schlichtweg Liebe« zu verkaufen. Schade, dass die prüden Christdemokraten in Kiel den Charmeur aus dem Verkehr gezogen haben. Jetzt entgehen uns viele tolle Geschichten in »Bild« und »Bunte«.

Wie eintönig ist es dagegen in Niedersachsen. Björn Thümler, ein 40-Jähriger wie von Boetticher, langweilt uns im Sommerinterview mit der »Neuen Presse«. Er ist Vorsitzender der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion und als solcher schon nicht gerade sexy. Thümler klingt trotz seiner 40 Jahre wie ein Goldener Hochzeitsbräutigam: »Ja, der Honeymoon ist vorüber, die Liebe ist geblieben«. Aber der Fraktionschef spricht nicht über seine Ehe, sondern über die schwarz-gelbe Koalition in Hannover. Jetzt ist es heraus: CDU und FDP lieben sich. Es ist, um es boetticheranisch auszudrücken, »schlichtweg Liebe«. Ja, da guckt Ihr Sozialdemokraten, Grüne und Linke! Wehe, Ihr reißt die Liebenden brutal auseinander. Denn die Menschen lieben die Liebe und hassen alle, die sie zerstören.

Wir müssen uns nicht nur damit abfinden, dass in Schleswig-Holstein der Bär tanzt, während sich in Niedersachsen CDU und FDP das ewig gültige Ja-Wort gegeben haben. Die Niedersachsen haben auch die langweiligeren Inseln in der Nordsee. Auf Sylt oben an der dänischen Grenze treffen sich die Schönen, Reichen, Prominenten, kurzum alle Schickie-

mickies. Und was ist mit Norderney? Da macht der Wulff Urlaub. Schon seit seinen Zeiten als CDU-Landtagspolitiker ist der heutige Bundespräsident Stammgast auf Norderney. Auch wenn er gar keinen Urlaub hat, auf der Insel fühlt er sich offenbar immer im Urlaub. Für das »Sommerinterview« des ZDF flog Christian Wulff extra per Hubschrauber von Berlin zur Nordsee, ließ sich am Wasser befragen und kehrte auf dem Luftweg wieder zurück an seinen Arbeitsplatz in Berlin. Immerhin flog er allein nach Norderney. Nach Sylt hätte er seine Frau Bettina mitnehmen müssen. Sie hätte sich einen Sundowner im gediegenen Sylt-Ambiente (Maschmeyer/Ferres und Ähnliches) nicht entgehen lassen.

Auf Sylt spielen sie Polo und in drei Clubs eleganten Golf. Auf Norderney stolpern die Spieler über einen Golfplatz in den Dünen, unterhöhlt mit unzähligen Kaninchenbauten. Unser Bundespräsident spielt wohlweislich kein Golf. Man stelle sich vor, das ZDF hätte ihn nicht am frischen Meer zum Sommerinterview gefilmt, sondern bei der Suche nach dem Golfball im Kaninchenloch!

Wenn Norderney einmal in einem Atemzug mit Sylt genannt wird, ist es nur peinlich für die niedersächsische Insel: Ein gewisser Bernd Flessner konnte gar nicht schnell genug von Norderney wegkommen. Er stellte sich aufs Surfbrett und raste in vier Stunden durch die Deutsche Bucht, natürlich nach Sylt.

Doch zum Glück hat Niedersachsen sein Emsland. Das ist zu 80 Prozent katholisch. Das unkatholische Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen fand heraus, dass Jugendliche im Emsland viel friedlicher sind als die Durchschnittsjugendlichen in den übrigen Teilen der Republik. Niedersächsische Katholiken hauen und klauen nicht so intensiv wie Muslime, Protestanten oder Atheisten. Dafür saufen die katholischen Jugendlichen mehr als andere, haben die Kriminologen herausgefunden. Da drängt sich die Frage auf, ob der Nachwuchs-katholik zur Flasche greift, um den Papst zu vergessen. Schon bald wird die niedersächsische Opposition sich ein Beispiel an den jungen Emsländern nehmen müssen und sich ihr Dasein auf den harten Bänken unter der Regierung schön trinken. Denn die Regierenden lieben sich und den Liebenden gehört die Welt. Dagegen ist jede Vernunft machtlos. Aber vergessen wir das jetzt mal, Prost. ■

Kurt-Peter Christophersen

BRITEN-ABZUG MUSS CHEFSACHE WERDEN

SPD-Bundes- und Landtagsabgeordnete informieren sich an den betroffenen Standorten

Von Lars Klingbeil MdB und Hanne Modder MdL



V.l.n.r.: Ulrich Watermann, Johanne Modder, Rainer Schmuck (Bgm Bad Fallingbostal), Wolfgang Börner (SPD Bad Fallingbostal), Heiner Bartling, Andreas Ege (Bezirksvorsteher Osterheide), Lars Klingbeil, Karin Fedderke (SPD Bad Fallingbostal), Hugh Pierson (Verbindungsoffizier Brit. Truppen), Gabriele Lösekrug-Möller, Dieter Möhrmann.

Foto: Gitta Schwarz

Auf Initiative des SPD-Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil und der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion Hanne Modder hat sich eine Delegation von acht Abgeordneten an den britischen Standorten in Bad Fallingbostal, Bergen, Celle und Hameln über den aktuellen Stand der Abzugspläne und die Konsequenzen für die betroffenen Regionen informiert. Begleitet wurden sie dabei von den britischen Verbindungsoffizieren und Vertretern der Kommunalpolitik.

Der konservative Premierminister David Cameron hatte angekündigt, die britischen Streitkräfte zwischen 2015 und 2020 aus Deutschland abzuziehen. Dass dies aber auch schneller der Fall sein kann, zeigen die Entwicklungen in Celle, wo der Abzug auf das Jahr 2012 vorverlegt wurde. Für die restlichen Standorte sollen die Abzugsdaten im November bekannt gegeben werden.

»Wir haben vier Standorte besucht, die eine gute Infrastruktur haben, regional fest verankert und dabei ein wichtiges Standbein für die Wirtschaft vor Ort sind«, so Klingbeil und Modder nach dem Besuchsprogramm. Und weiter: »Die Folgen des Abzugs abzumildern ist keine Aufgabe, die von den Kommunen alleine bewältigt werden kann. Wir haben es hier mit einer niedersächsischen Herausforderung zu tun. Deswegen muss Ministerpräsident McAllister den Abzug zur Chefsache machen.«

Die Abgeordneten kritisieren, dass

McAllister frühzeitig ausgeschlossen hat, die betroffenen Regionen finanziell zu unterstützen. Gerade im Hinblick auf die Aussagen des Bundesverteidigungsministers, dass der Norden besonders stark durch Standortschließungen im Rahmen der Bundeswehrreform betroffen werden wird, muss nach Ansicht der SPD-Abgeordneten flächendeckend Hilfe geleistet werden. »Wir brauchen jetzt die Weichenstellungen, was in den Standorten nach dem Abzug der britischen Truppen bzw. der Bundeswehr passieren kann. Hier sind Land und Bund in der Pflicht«, so Klingbeil. Hanne Modder sagte den kommunalen Vertretern zu, dass die Landtagsfraktion zudem prüfen wird, wie Änderungen beim Kommunalen Finanzausgleich so vorgenommen werden können, dass die massiven Einnahmeausfälle durch den Verlust an Einwohnern abgefedert werden.

Im Hinblick auf die nächste europäische Förderkulisse wollen sich die Abgeordneten zudem dafür stark machen, dass es hier einen Fördertopf mit der Schwerpunktsetzung Konversion geben wird. Die drei Bundestagsabgeordneten Gabriele Lösekrug-Möller, Kirsten Lühmann und Lars Klingbeil werden zudem zeitnah mit der Bundesanstalt für Immobilienverwaltung (BIMA) ein Gespräch über die künftige Nutzung der Liegenschaften führen. »Hier brauchen wir unkomplizierte Regelungen, die eine schnelle Nachnutzung der Liegenschaften ermöglichen«, so die Abgeordneten. ■



Liebe Genossinnen und Genossen!

Ab September werde ich für ein Jahr nach Israel/ Palästina gehen, um im Willy-Brandt-Center in Jerusalem die Friedens- und Dialogarbeit zwischen israelischen, palästinensischen und deutschen Jugendlichen zu unterstützen. Zu meinen Aufgaben während des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes (FSJ) wird es auch gehören, Juso-Delegationen aus Deutschland bei ihrem Besuch in Israel zu betreuen und ihre Treffen mit gleichgesinnten jungen PalästinenserInnen und Israelis vor- und nachzubereiten. Des Weiteren werde ich Dialogveranstaltungen zwischen den verschiedenen Akteuren organisieren und bei der Arbeit der Theatergruppe »Kenafaiym« mit behinderten Jugendlichen mit-helfen. Es freut mich als stellvertretende Unterbezirksvorsitzende der Jusos in der Region Hannover außerordentlich, dass ich die sozialdemokratische Arbeit im Nahen Osten dadurch unterstützen kann.

Organisiert wird mein Freiwilligendienst von der Weltweiten Initiative für soziales Engagement e.V. (WI e.V.), ein kleiner gemeinnütziger Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, durch Freiwilligendienste in Sozialprojekten einen Beitrag zur weltweiten Völker-verständnis zu leisten. Deshalb schickt WI e.V. jedes Jahr engagierte junge Menschen nach Lateinamerika, Ghana, Südafrika und Palästina, die dort zumeist benachteiligte Kinder und Jugendliche (z.B. Straßenkinder, Behinderte, Aids-Kranke) betreuen. Meine Stelle wird dieses Jahr leider nicht vom staatlichen Weltwärtsprogramm gefördert. Deshalb ist WI auf eine Unterstützung von ca. 3000 Euro pro Freiwilligem angewiesen. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr meinen Freiwilligendienst und das WI durch eine Spende unterstützt und mir damit die Chance gebt, einzigartige Erfahrungen inmitten des Nahostkonflikts zu sammeln. Jeder Euro zählt!

Als Dank für eure Spende (neben der Spendenquittung) biete ich an, euch durch meine Erfahrungsberichte auf dem Laufenden über mein Leben in Jerusalem, das Willy-Brandt-Center und die aktuelle Situation im Nahen Osten zu halten. Außerdem freue ich mich schon darauf, euch im Nachhinein live von meinen Erlebnissen zu berichten.

Wenn ihr mich unterstützen wollt, freue ich mich über jede Spende an: Weltweite Initiative e.V., Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 550 20 500, Konto 861 1300, Betreff »Spende 1179«

(Diese Spendennummer ist wichtig, da dadurch die Spende mir zugeordnet werden kann.)

Vielen Dank für eure Zeit und ganz viele solidarische Grüße!

Eure
Rebekka Windus

E-Mail: reb.windus@web.de



UNSERE DIREKTBEWERBERINNEN UND -BEWERBER

In dieser Ausgabe des Niedersachsen-Vorwärts stellen wir Direktbewerberinnen und Direktbewerber für den Kommunalwahlkampf 2011 vor.



BIRGIT BEULEN
Bürgermeisterin für die Gemeinde Harsum

»Demokratie wagen – dafür stehe ich und werde alles dafür tun, das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Als Bürgermeisterin werde ich meine ganze Kraft für eine ›Gemeinde nah am Menschen‹ einsetzen: zukunftsorientiert – lebensbejahend – durchsetzungsstark.«

www.birgit-beulen.de



RÜDIGER BUTTE
Landrat für den Landkreis Hameln-Pyrmont

»Ich werde weiterhin als Landrat mit gradliniger, offener und ehrlicher Politik für die Menschen in Hameln-Pyrmont arbeiten. Dafür stehe ich.« www.ruediger-butte.de



DR. THOMAS GANS
Bürgermeister für Bad Lauterberg

»Bad Lauterberg muss wieder eine lebendige und pulsierende Stadt werden, in der es Spaß macht zu leben.«

www.thomas-gans.de



HELMUT HOLZAPFEL
Bürgermeister für die Samtgemeinde Papenteich

»Mit der Aussage ›Die Menschen im Mittelpunkt‹ bewerbe ich mich bei den Papenteicher Bürgerinnen und Bürgern erneut um ihr Vertrauen.« www.helmut-holzapfel.de



DIRK KNACKSTEDT
Bürgermeister für den Flecken Delligsen

»Solide Finanzen, die Stärkung der heimischen Wirtschaft und eine familienfreundliche Gemeinde, in der die Bürgerinnen und Bürger gerne leben und sich wohl fühlen, dafür stehe ich mit Kompetenz und Engagement.« www.dirk-knackstedt.de



THOMAS STÄDTLER
Oberbürgermeister für Wilhelmshaven

»Es gibt nichts Gutes, außer man tut es! Schwierige Zeiten erfordern Tatkraft und Weitsicht. Beides möchte ich für Wilhelmshaven einsetzen!«

www.thomasstaedtler.de



RICHARD A. STEINHOF
Bürgermeister für Wittingen

»Die Maxime meines Handels war und ist, mit Tatkraft die täglichen und langfristigen Aufgabenstellungen aktiv zu meistern.«

www.spd-wittingen.de



HARM-UWE WEBER
Landrat für den Landkreis Aurich

»Mit der Erfahrung aus meiner 17-jährigen Tätigkeit als allgemeiner Vertreter des heutigen Landrates bewerbe ich mich um die Nachfolge von Walter Theuerkauf.«

www.harm-uwe-weber.de



REINHARD WITTKÉ
Bürgermeister für Hagen a.T.W.

»Hagen ist meine Heimat. Hier bin ich geboren und hier ist meine Familie zu Hause. Deshalb setze ich mich ein für Hagens Zukunft.«

www.spd-hagen-atw.de

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Remmer Hein,

Christoph Matteredne,

Lothar Pollähne,

Sebastian Schumacher

Anschrift: Odeonstraße 15/16,

30159 Hannover

E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke

mail@AnetteGilke.de

INTERNATIONALE JUSO-SOLIDARITÄT

Osnabrücker Kondolenzbuch in Oslo an Norwegische Jusos (AUF) übergeben

Die Osnabrücker Jusos haben Anfang August das von ihnen in Osnabrück ausgelegte Kondolenzbuch persönlich in Oslo der Jugendorganisation der Arbeiterpartei (AUF) übergeben. In das Kondolenzbuch hatten sich in den vergangenen Wochen 150 Menschen eingetragen, darunter auch viele Norweger, die in Osnabrück zu Besuch waren.

Besonders bewegt wurden die Jusos durch den Eintrag einer Norwegerin, deren Bruder das Massaker auf Utøya selbst miterleben musste und zahlreiche Freunde verlor. Sie war von der Idee des Kondolenzbuches und dem Zeichen der Solidarität sehr berührt und hat die Jusos ermutigt, das Buch in Oslo persönlich zu übergeben.

»In Oslo sind die direkten Auswirkungen des Anschlages noch deutlich sichtbar. Sowohl am Osloer Dom als auch auf dem Marktplatz liegt noch immer ein Meer aus Rosen. Den Gebäuden in unmittelbarer Nähe des Anschlagsortes, so auch der Parteizentrale, fehlen noch viele Fensterscheiben« beschreibt Tiemo Wölken, Vorsitzender der Jusos Osnabrück, die Situation in Oslo. Im Büro der AUF, die ihren Sitz ebenfalls in der Parteizentrale hat, übergaben die beiden Jusos Jenna



Jenna Schulte präsentiert das Osnabrücker Kondolenzbuch in Oslo

Foto: privat

Schulte und Tiemo Wölken das Osnabrücker Kondolenzbuch dem Vorstandsmitglied der AUF, Bård Flaarønning. Das begleitende Gespräch war geprägt von dem noch tief sitzenden Schock und der Trauer über die Ereignisse. Trotzdem drückten die Norweger ihre Freude über

die Solidaritätsbekundung aus, die neben den vielen aus aller Welt gesandten Blumen und Briefen eine Besonderheit darstellte. Das Kondolenzbuch der Osnabrücker liegt nun im Foyer der AUF aus.

Die beiden Osnabrücker Jusos trugen sich anschließend in das offizielle Kondolenzbuch der norwegischen Arbeiterpartei ein. »Wir sind tief beeindruckt von dem Mut und der Tatkraft der Norweger und der norwegischen Genossen. Trotz der noch spürbaren Trauer haben die Osloer zu ihrem Alltag zurückgefunden und lassen sich in ihrer freiheitlichen und offenen Lebensweise nicht vom Terror beirren« so Tiemo Wölken und Jenna Schulte abschließend. ■ eb.

O'ZAPFT IS



Mit bester Stimmung und voller Hütte startete die SPD in Stadt und Region Hannover in die Kommunalwahl 2011. Rund 400 Gäste waren genau vier Wochen vor dem Kommunalwahltermin am 11. September 2011 in die Nordkurve gekommen, um sich gemeinsam auf die heiße Wahlkampfphase einzustimmen. Extra aus München angereist war der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude, der sowohl mit seinen politischen Botschaften als auch seinen Qualitäten als Redner die Anwesenden vollends überzeugte.

Zuvor hatten der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Alptekin Kirci und die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Christine Kastning die politischen Schwerpunkte für die kommenden fünf Jahre beschrieben. Höhepunkt und Abschluss des Abends war der weltweit erste »3x-Linkshänder-Synchron-Fassbieranstich« mit Christian Ude, Stephan Weil und Hauke Jagau, die in der Tat alle Linkshänder sind. Etwas scherzhaft wurde gemunkelt, dass dann ja wohl nur noch der Linkshänder Barack Obama fehle, der womöglich zurzeit aber Schwierigkeiten wegen der Reisekosten hätte... ■

Foto: Matterne

EISERNE HOCHZEIT

Alles begann im Oktober 1945 in Büsings Gaststätte in Heuerßen auf dem Tanzboden. Da trafen sich Magdalene und Heinz zum ersten Mal. An Weihnachten wurde Heinz Schmidt bereits eingeladen und »so sind wir ins Toddern gekommen«, erinnert sich Magdalene. Ein Jahr später hieß Magdalene ebenfalls Schmidt. Am 10. August haben beide ihre »Eiserne Hochzeit« gefeiert, in der Gaststätte »Zur Erholung« in Düdinghausen, wie es sich gehört. Und gefeiert haben der Ehrenvorsitzende des SPD-Ortsvereins Lindhorst, Heinz Schmidt und seine Magdalene gemeinsame 122 Jahre Parteimitgliedschaft. Da gratuliert der vorwärts. ■ eb.



Foto: privat



SÜDAFRIKA IN BILDERN – DER WEG GEHT WEITER

Europäische Politik mit globaler Verantwortung für die Menschenrechte

Von Bernd Lange



Sam Nzima, Bernd Lange, Botschafter Stofile, Denis Goldberg, Stefan Schostok (v.l.n.r.)

Foto: Europäisches Parlament

LESETIPP: Denis Goldberg:
Der Auftrag, Ein Leben für die
Freiheit in Südafrika,
ISBN 978-3-935936-90-3

Vor 35 Jahren begann mit dem Aufstand in Soweto das Ende der Apartheid. Die Fotos von dem ungleichen Kampf unbewaffneter schwarzer Kinder und Jugendlicher auf der einen Seite und weißen bewaffneten

Polizisten auf der anderen Seite gingen um die Welt. Der Druck auf die südafrikanische Regierung wuchs. Der Fotograf Sam Nzima machte die bewegenden Fotos des sterbenden Hector Pieteron. Diese Fotos waren im Rahmen der Ausstellung »Südafrikanische Fotografie von 1950-2010« zu sehen, die ich jetzt parallel ins Europäische Parlament in Brüssel und in die Volkshochschule Hannover – gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung – holen konnte. Für die Ausstellungseröffnungen durfte ich neben den Fotografen Sam Nzima und Cedric Nunn, den Widerstandskämpfer Denis Goldberg als Gast begrüßen. Goldberg ist weißer Südafrikaner und Weggefährte von Nelson Mandela. Für seinen Kampf gegen die Apartheid hat er 22 Jahre lang im Gefängnis gesessen. Das Europäische Parlament unterstützt seit langem die demokratische Entwicklung Südafrikas. Auch heute steht das Land vor einer Vielzahl von Problemen wie mangelnde Schulausbildung, fehlende Gesundheitsaufklärung

(HIV) und unzureichender Verwaltung. Gerade jetzt ist Solidarität gefragt.

Bei einem Treffen in Hannover am Rande der Ausstellung, zu dem auch der südafrikanische Botschafter S.E. Stofile aus Berlin angereist war, haben wir verabredet den 100-jährigen Geburtstag des ANC im nächsten Jahr als Anlass zu nehmen, die guten Beziehungen im sozialen und kulturellen Bereich weiter zu stärken. ■



Bernd Lange und Sam Nzima vor dem bekannten Foto.
Foto: Katrin Reich

HANDEL UND MENSCHENRECHTE GEHÖREN ZUSAMMEN

Kohle aus Kolumbien für Niedersachsen nur unter fairen Bedingungen

Ein geplantes Handelsabkommen zwischen Kolumbien und der EU war Anlass für Bernd Lange, eine Delegationsreise mit vorzubereiten, die ihn und zwei weitere sozialdemokratische Europaabgeordnete im Juli nach Kolumbien führte. Dabei standen Gespräche mit Vertretern von Regierung, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen auf der Tagesordnung.

Vorwärts: Welche Punkte konntet Ihr konkret ansprechen?

Bernd Lange: Zentral sind aus meiner Sicht grundlegende Arbeitnehmerrechte wie die Möglichkeit kollektiver Verhandlungen. Es ist aber auch wichtig, dass die Interessen der indigenen Bevölkerung und der Umwelt berücksichtigt werden. Das konnten wir gegenüber Regierungsvertretern aber auch dem Besitzer der größten Mine deutlich machen. Kolumbianische Kohle für Kohlekraftwerke in Niedersachsen muss unter guten Bedingungen gewonnen werden.

Vorwärts: Wirst Du dem Abkommen jetzt zustimmen können?

Lange: Ich konnte feststellen, dass es in Kolumbien erste Ansätze positiver Bewegung gibt. So ist mit Angelino Garzón seit gut einem Jahr ein ehemaliger Gewerkschaftsführer Vizepräsident. Er ist zuständig für den sozialen Dialog und es gibt erstmalig Runde Tische zu Menschenrechten. Diese Entwicklung muss stabil sein, klare Regeln der Überprüfung beinhalten und die Zivilgesellschaft muss bei einer Umsetzung beteiligt werden.

Vorwärts: Mit welchen Vereinbarungen habt Ihr das Treffen beendet?

Lange: Wir haben vereinbart, dass über unsere Anforderungen weiter verhandelt wird. Von dem Ergebnis wird abhängig sein, ob die Sozialdemokraten zustimmen werden. Das Handelsabkommen muss ein Beitrag zur Stärkung der Menschenrechte und der Lage der Arbeitnehmer leisten. Ich habe deutlich gemacht, dass ein Abkommen mit der EU allen Menschen zu Gute kommen muss. Wir bleiben dran. ■



Bernd Lange und der Gewerkschaftsvorsitzende der Sintacarbon Igor Diaz Lopez

Foto: Barbara Melis



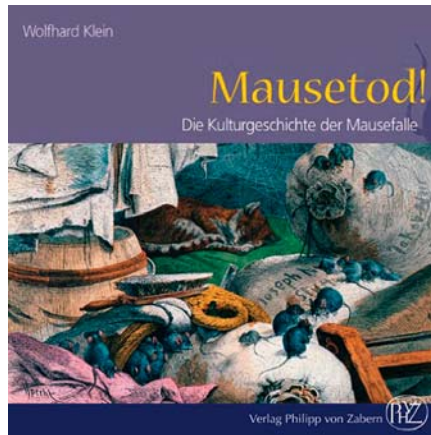
Welche Entscheidungen stehen an in Europa? Was bedeutet das für uns in Niedersachsen? Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«.

HIER ANMELDEN:
www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

vorwärts KULTURGUT

MAUSETOD – DAS BUCH FÜR JEDE FALLE

»Mit Speck fängt man Mäuse« heißt es seit Jahrhunderten, aber das ist leider nur in geringem Maße richtig, denn die Maus, die wohl älteste Begleiterin des Menschen, ist ein absoluter Feinschmecker und oben-dreien mausgescheit. Das ärgert den Menschen seit Jahrtausenden, denn das kleine Grautier macht sich immer mal wieder über des Menschen Vorräte her. Den hat das schon in Steinzeit mächtig geärgert, wie die Darstellung einer Mausefalle aus einer Höhle im italienischen Val Camonica belegt. Ein Nachbau der Höhlenzeichnungsvorlage hat sich als tauglich erwiesen. Diese Erkenntnis verdankt ihre Verbreitung dem Standardwerk über die Mausefalle, das Wolfhard Klein jetzt unter dem Titel »Mausetod« vorgelegt hat. Dieses Buch war fällig, denn obwohl der Kampf zwischen Maus und Mensch seit Jahrtausenden andauert und im Großen und Ganzen als unentschieden zu bewerten ist, hat sich vor Wolfhard Klein bislang niemand dieser kulturhistorisch bedeutsamen Causa angenommen. Das kann eigentlich nur an der fallstellerischen Komplexität des Themas liegen, denn der Autor hat nach eigenem Bekunden über 30 Jahre gebraucht, um alle Schattierungen der Mausefallstellerei auszuleuchten. Dabei hat er allerlei Mutmaßungen über Mäuse und Fallen angestellt und erstaunliche Fangversuche zu Tage gefördert. Etwa die des römischen Kaisers Heliogabal, der 10.000 Mäuse und



Wolfhard Klein, Mausetod, Verlag Philipp von Zabern, 2011, 204 Seiten, 19,90 Euro

1.000 Spitzmäuse gegen 1.000 Wiesel antreten ließ. Oder das Verfahren des – kein Witz – Patrick Mause, mittels dessen der Fang einer Maus per SMS übermittelt wird. Der Versuch, Wolfhard Klein bei irgendwelchen Versäumnissen zu ertappen, ist nahezu zum Scheitern verurteilt, denn bis zur größten Mausefalle mitten in Paris, umgangssprachlich auch »Pigalle« genannt, hat er fast alle Fälle erörtert. Fast alle, denn dem Rezensenten, der sich ob dieses feinen Büchleins nur mit Mühe von seiner Computermouse trennen konnte, ist aufgefallen, dass es offenbar kein Kirchenmausefalle gibt. Ogottogott. Ansonsten allerdings gibt es nichts zu nagen am Magnum Opus der Mäusefängerei. ■

WILLY-BRANDT-MEDAILLE FÜR HEINO FREESE



Foto: Jürgmann

Zahlreiche Gäste gratulierten Heino Freese (2. v. l.) unter anderem Ilse Makrinus (stellv. Ortsvereinsvorsitzende), Frank Kourim (Ortsvereinsvorsitzender), Olaf Lies (SPD-Landesvorsitzender) und Ehefrau Bärbel Freese (v.l.n.r.).

Für herausragendes Engagement während seiner 52-jährigen Parteimitgliedschaft wurde Heino Freese (75) in seinem Heimat-Ortsverein Jever geehrt. Aus diesem Anlass wurde ihm die Willy-Brandt-Medaille in Verbindung mit dem Ehrenbrief verliehen. In seiner Laudatio hob SPD-Landesvorsitzender Olaf Lies die außerordentlichen Verdienste Freeses hervor. Während der 52 Jahre als Mitglied der SPD gehörte der Geehrte fast ununterbrochen dem Ortsvereinsvorstand Jever an. Unter anderem war er als Beisitzer, lange Zeit aber auch stellvertretender Vorsitzender aktiv. Derzeit bekleidet er das Amt des Schriftführers. Darüber hinaus wachte Freese über 20 Jahre lang als Kassierer über die Finanzen des SPD-Kreisverbandes Friesland. In seiner Laudatio bezeichnete Olaf Lies den Geehrten als »unermüdlichen Kämpfer für die Sozialdemokratie«. Zur Feierstunde im SPD-Bürgerbüro Jever erschienen zahlreiche Gratulanten, um Heino Freese Dank und Anerkennung auszusprechen. Unter den Gästen waren auch viele Weggefährten, die in den zurückliegenden Jahrzehnten gemeinsam mit Heino Freese politisch aktiv waren. ■

VORWÄRTS
RÄTSEL

Morgenröthe-Rautenkranz im Vogtland ist trotz seiner gerade mal 800 Einwohner eine bemerkenswerte Gemeinde. Sie beherbergt ein international beachtetes Museum, hat einen Sohn mit außerirdischen Erfahrungen und ist mit einer Wahl in die politische Geschichte Deutschlands eingegangen. Am 13. November 1932 erreicht dort eine erst ein Jahr zuvor gegründete Partei bei den Kommunalwahlen die absolute Mehrheit. Der Gründung der »Splitterpartei« in Breslau am 2. Oktober 1931 geht eine monatelange Auseinandersetzung in der SPD über den Panzerkreuzer B voraus. Der Vorstand der Reichstagsfraktion plädiert für Enthaltung, um einen Rechtsruck zu verhindern. Einige »Abweichler« wollen sich der Fraktionsdisziplin nicht beugen, Der Parteiausschuss verabschiedet einen Unvereinbarkeitsbeschluss für »Sekten«, die »in den Niederungen der Arbeiterbewegung ihr Unwesen treiben«.

Der »Vorwärts« veröffentlicht am 27. September 1931 eine »Sektenliste«, auf der sich auch Theodor Liebnechts USPD und Willi Eichlers Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK) befinden. Die Abweichler beeindruckt die öffentliche Ausgrenzung wenig. Am 29. September werden die Reichstagsabgeordneten Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz aus der SPD ausgeschlossen. Vor allem junge Parteilinke verlassen die SPD und schließen sich der neuen Partei SAPD an. Wer ist der Prominenteste? Zu gewinnen gibt es die »Kleine Geschichte der SPD.« ■ *lopo*
Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im Juli war Bangladesh gesucht. Der Silberling geht an Lothar W. Otter in Bad Harzburg

»WICHTIG IST DIE FINANZIELLE AUSSTATTUNG DER KOMMUNEN«

Mit dem Landrat aus Friesland und Mitglied des SPD-Landesvorstandes sprach der vorwärts über die Lage des Tourismus in Niedersachsen und über die Möglichkeiten für Kommunen, aktive Industrie- / Wirtschaftspolitik zu gestalten.



Der Landrat aus Friesland und Mitglied des SPD-Landesvorstandes Sven Ambrosy ist Vorsitzender des Tourismusverbandes Niedersachsen e. V.

vorwärts: Weit mehr als 300.000 Menschen in Niedersachsen leben vom Tourismus, die Übernachtungszahlen steigen. Also ist alles gut im Tourismusland Niedersachsen?

Sven Ambrosy: Der Tourismus ist der größte Arbeitgeber im Land. Über 340.000 sozialpflichtige, nicht verlagerungsfähige Jobs gibt es in der Tourismuswirtschaft. Im Gesamtranking ist Niedersachsen bundesweit auf dem 4. Platz; bei reinen Urlaubsreisen sogar auf dem zweiten! Aber das Bessere ist des Guten Feind: Wir brauchen eine ressortübergreifende tourismuspolitische Gesamtstrategie. Die Federführung sollte dabei bei einem, aus Sicht des Tourismusverbandes, dem Wirtschaftsministerium liegen. Wir brauen auch eine Bündelung und Abstimmung der verschiedenen Förderprogramme mit Tourismusbezug, die bislang in verschiedenen Ministerien – zumeist dem Umwelt-, Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium zugeordnet sind.

vorwärts: Die CDU/FDP-Landesregierung hat einen gewaltigen Schuldenberg aufgetürmt und muss bald die »Schuldenbremse« einhalten. Gleichzeitig will die Europäische Union die Fördermittel für den Tourismus zusammenstreichen. Droht hier nicht ein Investitionsstau beim Tourismus in Niedersachsen?

Ambrosy: Das darf nicht sein. Auch bei knapper werdenden Ressourcen muss dem größten Arbeitgeber des Landes ein angemessener Anteil an Investitionsförderung zustehen. Die Tourismusregionen haben Masterpläne zur Fortentwicklung der Tourismuswirtschaft vor-

gelegt. In den Regionen sind Schwerpunkte formuliert worden, die sich auch in der Investitionspolitik des Landes widerspiegeln müssen. Geld ist aber nicht alles – es kommt auch auf die Rahmenbedingungen an: gute Erreichbarkeit der touristischen Destinationen, gutes Landesmarketing für die Regionen, insbesondere in Auslandsmärkten wie den Niederlanden, der Schweiz, Polen und Österreich – da gibt es noch ein erhebliches Steigerungspotenzial bei den Gästezahlen – und, ganz wichtig, eine Sommerferienregelung, die die Ferienzeiten auf ca. 90 Tage spreizt und nicht wie jetzt bei 70–75 Tagen belässt. Eine solche Sommerferienregelung vermindert Staus auf der Autobahn, verlängert die Saison und kostet kein Geld. Jeder Tag Verkürzung jedoch vermindert den Umsatz dagegen in Millionen-Euro-Höhe. Das wichtigste ist aber, dass die Kommunen finanziell gut ausgestattet sind, denn die meisten touristischen Infrastrukturmaßnahmen sind vor Ort in kommunaler Hand und bei den Finanzen sieht es ja bekanntlich mau aus. Das betrifft Kommunen in strukturschwachen Gebieten doppelt: dort ist der Tourismus meistens der einzige bedeutsame Arbeitgeber. Die Kommunen müssten folglich dort investieren, können dies angesichts ihrer Haushaltslage aber nicht – ein Teufelskreis.

Vorwärts: Da lastet dann eine große Verantwortung auf den Kommunen. Welche Möglichkeiten haben sie, um den Tourismus zu fördern?

Ambrosy: Sie strecken und recken sich nach der finanziellen Decke und versuchen, Prioritäten zu setzen, aber ohne die Hilfe des Landes geht es oftmals nicht. Friesland unterstützt als Landkreis beispielsweise mit einem eigenen touristischen Wirtschaftsförderprogramm seine Städte und Gemeinden, weil einige allein solche notwendigen Infrastrukturmaßnahmen nicht wuppen könnten.

Vorwärts: Gibt es aus Deiner Sicht einen Widerspruch zwischen nachhaltigem Tourismus und Großprojekten, beispielsweise bei der Ansiedlung von Industrieunternehmen?

Ambrosy: Es muss nicht zu einem Widerspruch kommen, wenn man Landesplanung ernst nimmt und versucht, mit raumordnerischen Instrumenten die Konfliktpotenziale zu entflechten – wie das Planer nennen würden. Konkret heißt das, dass man möglichst eine räumliche Tren-

nung versucht, herbei zu führen. Es gibt allerdings auch Industrien, die man sogar sehr gut in ein touristisches Gesamtkonzept einbinden kann: Werksführungen – wie beispielsweise bei Brauereien oder der Meyer-Werft in Papenburg, Baustellentourismus wie beim JadeWeserPort, wo jährlich ca. 30.000 Gäste das Info-Center besuchen; überhaupt Häfen – ein wahrer Anziehungspunkt für Touristen und andere Sehleute.

vorwärts: Die SPD macht sich für eine »aktive Industriepolitik« stark. Zukunftstechnologien sollen nicht nur in Deutschland erforscht, sondern auch hier produziert werden. Dafür müssen Politik und Verwaltung die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Was können die Kommunen dabei leisten, was macht der Landkreis Friesland zur Stärkung/Ansiedlung von Industrie?

Ambrosy: Wir machen da viel. Nach dem Untergang der Olympia Schreibmaschinenwerke wurde mit einem privaten Investor mit Unterstützung von Bund, Land, Stadt und Landkreis das TechnologieCentrumNordwest gegründet, in dem mittlerweile wieder 2.700 Menschen Arbeit finden, so viele wie kurz vor der Schließung – ein wirkliches Erfolgsprojekt industriepolitischer Konversion. Angesichts des JadeWeserPorts hat Friesland, mit seinen Städten und Gemeinden, dem Landkreis Wittmund sowie der Stadt Wilhelmshaven direkt an der A 29 in der zweiten Hafenlinie ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet für hafenauffine Ansiedlung realisiert, was jetzt gemeinsam vermarktet wird. Drittes Beispiel: 2007 wollte EADS die erfolgreichen Airbuswerke in Varel und Nordenham verkaufen. Es drohte ein Ausbluten. Die Region hat sich mit aller Macht gewehrt und wurde gehört. Der Landkreis Friesland hat gemeinsam mit der Stadt Varel und dem jetzigen Premium-Aerotec-Werk, einer mittlerweile 100%igen EADS-Tochter, ein Konzept entwickelt, das dann sehr von Land und Bund unterstützt wurde. Dieses Konzept sieht eine Vier-Säulen-Strategie vor: 1. Zukunftsinvestitionen im Werk, 2. Realisierung eines Aeroparks für Zulieferer, 3. ein Ausbildungs- und Technologiezentrum für Innovationen und 4. ein Fachverbund für Metallzerspanung als Netzwerk. Alles kann man in Varel in Aktion anschauen. Es klappt. Kommunen können Industriepolitik gestalten. ■ *Schums*